

## **P2-Beschluss Wirtschaft im Wandel der Zeit**

Gremium: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 04.11.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

186 Wir leben nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in einer Zeit des  
187 Umbruchs. Die Industrialisierung prägte eine Zeit, in der immer mehr Menschen in  
188 großen Unternehmen arbeiteten und die Schwerindustrie und der Montan-Komplex die  
189 Grundlage der Volkswirtschaft bildeten. Diese Wirtschaft ist zum Teil mit der  
190 Umwelt und ihren Mitarbeitenden unverantwortlich umgegangen. Politische  
191 Rahmenbedingungen wie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommen müssen dafür  
192 sorgen, diese jetzt schon schwindenden Industrien weiter zu reduzieren oder  
193 umwelt- und menschenfreundlich umzugestalten.

### **194 Neuerungen der Wirtschaft ermöglichen**

195 In einer Welt in der Milton Friedmans Philosophie regiert, dass unsere  
196 Gesellschaft auf Gier basiert, dass die einzige Aufgabe von Unternehmen ist  
197 Profit zu generieren, forderte die Grüne Jugend eine radikale Änderung der  
198 heutigen Wirtschaftspolitik.  
199 Ziel der Wirtschaftspolitik der Grünen Jugend ist eine nachhaltige, sozial  
200 gerechte und innovative Wirtschaft. Dabei dürfen wir Wirtschaftspolitik nicht  
201 nur national denken, sondern uns der internationalen Auswirkungen der  
202 Wirtschaftspolitik in allen Beschlüssen bewusst werden. Denn um in Zukunft  
203 Wohlstand in der gesamten Gesellschaft zu ermöglichen und zu sichern müssen wir  
204 Global denken und nachhaltig handeln.  
205 Viele Unternehmen haben bereits erkannt, dass ein ökologisches Wirtschaften  
206 zukunftsorientiert ist, aber für einige sind Änderungen der politischen  
207 Rahmenbedingung notwendig, um diese zu ökologischem Wirtschaften zu bringen. Denn  
208 selbst Unternehmen die schon heute nachhaltig wirtschaften, werden in von  
209 unserem Gesamtwirtschaftssystem unter Druck gesetzt schnell kurzfristige  
210 Gewinne zu machen auf Kosten der Umwelt, Sozial Standards und Innovationen.  
211  
212 Wir brauchen zuerst neue Formen wirtschaftlichen Erfolg zu messen. Das  
213 Bruttoinlandsprodukt ist keine zeitgemäßen Rahmen zur Messung von  
214 Wirtschaftsständen von Nationen Wir müssen lernen den Erfolg von Unternehmen am  
215 Gesellschaftlichen Mehrwert zu messen. Dies kann die Anzahl der  
216 Sozialbeschäftigten sein und die Innovationskraft der Unternehmen oder Anstieg  
217 der kleinsten Einkommen, all das könnten bessere Indikatoren sein um die

218 Wirtschaftsstärke Deutschlands zu bemessen.  
219 Auch an der Börse müssen grundlegende Veränderung geschaffen werden. Die  
220 grundsätzliche Idee der Finanzierung von Innovation durch Anteilsankäufe sind  
221 eine demokratische Möglichkeit Firmen zu unterstützen. Doch Spekulationen,  
222 Mikrotrading und die Verbindung von Management Gehältern mit dem Shareholder  
223 Wert können zu keinem Nachhaltigen Wachstum führen und mindern die  
224 Innovationskraft von Unternehmen. Unternehmen nur an Gewinnen zu messen ist eine  
225 Überholte kurzfristige Anschauungsweise, Beispiele wie Google und Amazon zeigen  
226 schwarze Zahlen sind keine Garantie für Erfolg, Innovation schon.

227 Wir brauchen mehr *schöpferische Zerstörungen* im Sinne von Joseph Schumpeter für  
228 unser Wirtschaftssystem. Das bedeutet, dass durch neue Technologien, Ideen und  
229 Dienstleistungen das bisherige Wirtschaftsgleichgewicht "zerstört" wird und mit  
230 den neuen Technologien, Ideen und Dienstleistungen neu gebildet werden kann.  
231 Deutschland muss mehr investieren nicht nur in Infrastruktur, sondern in Ideen,  
232 Bildung und Forschung. Innovationen wie der Streetscooter der RWTH Aachen wären  
233 ohne Bundesmittel nicht möglich gewesen um eine breite, sozialen, krisensichere  
234 und nachhaltige Wirtschaftsstandort aufzubauen brauchen wir neue Ideen.

235 Förderung der Forschung ist die beste Innovation in die Zukunft!  
236 Doch Fördermittel dürfen nicht wie eine Gießkanne über alle Bewerber geschüttet  
237 werden. Projekte die besonderen gesellschaftlich zivilen Nutzen haben, in  
238 Bereichen wie z.B. Gleichberechtigung und Umweltschutz müssen natürlich bei der  
239 Förderung bevorzugt werden

240 "Mir ging es darum, alle menschlichen Ressourcen der Gesellschaft nutzbar zu  
241 machen" so beschreibt der konservative norwegische Industrie Minister Ansgar  
242 Gabrielsen seine Motivation für die Einführung einer 40% Frauenquote in der  
243 norwegischen Wirtschaft. Eine Erkenntnis die hierzulande noch fehlt. Die  
244 aktuelle Frauenquote betrifft zu wenig Unternehmen und setzt zu niedrige  
245 Forderungen. Wer mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Entscheidungsgremien  
246 ausschließt verliert den Blick für mehr als die Hälfte des Marktes. Daher  
247 fordert die Grüne Jugend NRW das sowohl das Gesetz zur Frauenquote ausgebaut  
248 wird als auch das in Zukunft, festgelegte Anteile von Fördergeldertöpfen an  
249 Unternehmen und Gründer\*innen gehe die die Quote von mind. 40% in Führungsebenen  
250 Ihrer Unternehmen einhalten. Dies gilt auch für staatliche KfW Förderungen

251 Große Unternehmen wie RWE und Thyssen-Krupp wandeln sich kaum von selbst und  
252 behindern durch ihre Dominanz im Wirtschaftsmarkt eine *schöpferische Zerstörung*  
253 im grünen Sinne. Kleinere Unternehmen sind flexibler. Die Zukunft einer  
254 Wirtschaft in Zeiten des Wandels liegen in einer Kleinteiligkeit..

255 Riesige Unternehmen haben eine gewaltige Macht auf die Politik, was wir  
256 kritisieren. RWE beispielsweise ist eng verflochten mit der Landesregierung und  
257 der Bezirksregierung. Land, Bund, und Kommunen müssen als hohe  
258 Anteilseigner\*innen mehr Kontrolle über das operative Geschäft bekommen.  
259 Wir fordern eine direkte Wählbarkeit der Aufsichtsratsposten.  
260 Aufsichtsratsposten dürfen nicht vergütet werden, lediglich

261 Aufwandsentschädigung für Betreuungskosten, Lohnverluste und Reisekosten dürfen  
262 gelten gemacht werden und diese müssen öffentlich und nachvollziehbar einsehbar  
263 sein.

264 Zudem fordern wir das Bund, Land und Kommunen Aktien von Unternehmen abzustoßen  
265 welche nicht nachhaltig und sozial handeln.

266 Wir fordern die Kommunen auf, diese Marktmacht nicht länger zu stützen und  
267 Aktien von RWE abzustoßen.

268 Wir sehen: Es braucht einen Wandel der Wirtschaft hin zu einer Kleinteiligkeit  
269 und Umweltfreundlichkeit. In der Digitalisierung sehen wir keinen romantischen  
270 Selbstzweck, sondern eine Chance, diesen Wandel möglich zu machen.

271 Klein- und Kleinstbetriebe (weniger als 50 Mitarbeiter) sollen mehr gefördert  
272 werden, zum Beispiel durch das Herabsetzen von bürokratischen Hürden um die  
273 Gründung attraktiver werden zu lassen. Eine höhere Anzahl von klein- und  
274 mittlgröße Betriebe führen zu einer Bereicherung der Wirtschaft durch neue Ideen  
275 und Impulse. Konkurrenz und Vielseitigkeit wird erhöht, was dem allgemeinen  
276 Trend zu riesigen Konzernen und Monoplen entgegen wirkt. Dies ist wünschenswert,  
277 da durch mehr Veränderungen und Innovationen, große Firmen ebenfalls dazu  
278 gezwungen werden sich anzupassen und strukturelle Probleme zu lösen.

279 Im Sinne der bereits eingeleiteten Digitalisierung der Behörden, sollen noch  
280 mehr statistische Daten auf Kommunen-, Landes- und Bundesebene erhoben und  
281 veröffentlicht werden. Diese können zum Beispiel zu Verbesserung der  
282 Verkehrsführung verwendet werden.

283 Google, Facebook und Amazon sind nur die prominentesten Beispiele für eine von  
284 Konsumenten Daten unterstützte Monopolbildung. Damit das Internet und die Daten  
285 aller Bürger\* und Bürgerinnen\* frei bleiben, müssen Datenmonopolisten dazu  
286 gezwungen werden ihre Daten mit kleineren Unternehmen zu teilen und so Start-Ups  
287 die Möglichkeit geben, sich zu gründen, weiterzuentwickeln und beispielsweise  
288 Verkehrsführung effizienter zu gestalten.

289 Das Gesundheits- und Sozialsystem ist auf große Unternehmen angelegt. In der  
290 Struktur von Renten- und Sozialkasse ist auf eine durchgängige Erwerbsbiografie  
291 angelegt. In Zeiten von kleinteiliger angelegter Wirtschaft müssen wir diese  
292 Prämissen für ein funktionierendes Sozialsystem überwinden. Erst dann werden  
293 mehr Menschen den Sprung wagen, ein kleines eigenes Unternehmen zu gründen.

### 294 **Bestehende Unternehmen auf den grünen Weg begleiten**

295 Die kapitalistisch-organisierte Wirtschaft ist dabei oftmals im eigenen  
296 Korsett der Gewinnmaximierung gefangen. Weil besonders Aktienunternehmen darauf  
297 angelegt sind möglichst schnell gute Zahlen zu liefern, wird sich nur von  
298 Quartalszahlen zu Quartalszahlen gehandelt. Langfristige Umbaumaßnahmen des  
299 Unternehmens sind nicht möglich ohne diesem kurzfristig zu schaden, da die

300 momentane Gewinnmaximierung aber höher bewertet wird als die nachhaltige  
301 Entwicklung des Unternehmens und der Gesellschaft, wird auf diese verzichtet.  
302 Den Umbau des Mittelstandes der Wirtschaft zu gestalten bedeutet also auch, in  
303 der Gesellschaft für eine Akzeptanz des Umbaus zu werben. Große Gewinne und ein  
304 zeitgleicher grundlegender Umbau der Wirtschaft fallen in einem noch auf nicht-  
305 nachhaltiges Wirtschaften setzenden Kapitalismus selten zusammen. Den  
306 wirtschaftlichen Umbau auf eine smarte, soziale und ökologische Geschäftspolitik  
307 wollen wir stärker fördern. Wir fordern ein staatliches Programm, dass den  
308 Umbauprozess besonders von kleinen Unternehmen fördert und den Unternehmen  
309 ermöglicht aus diesem Korsett zu entfliehen.

### 310 **Falsche Anreize beenden und Lobbyismus bekämpfen!**

311 Oftmals werden aber den Unternehmen auch staatlich die falschen Anreize gesetzt.  
312 Ein Umbau des Wirtschaftssystems kann daher nur durch eine Änderung der  
313 Wirtschaftspolitik erfolgen.

314 Dienstwagen werden steuerlich gefördert. Dieses Privileg nutzen viele  
315 Unternehmen und stellen ihren Mitarbeiter\*innen Autos zu Verfügung, welche  
316 bereits nach kurzer Zeit wieder ausgetauscht und durch neue ersetzt werden. Die  
317 herrschende Praxis befördert einen rücksichtslosen Umgang mit Ressourcen und die  
318 Mentalität, Güter nur über eine kurze Periode zu nutzen. Mobilität wird  
319 allerdings weiterhin ein zunehmend wichtigerer werdender Faktor für Unternehmen  
320 sein. Die fehlgeleitete Nachfrage, welche durch Anreize wie das  
321 Dienstwagenprivileg verstärkt wird, sollte auf nachhaltige Güter umgeleitet  
322 werden. Statt Firmenwagen weiterhin steuerlich zu bevorteilen sollen Konzepte  
323 wie Carsharing mit Elektroautos samt Ausbau der Infrastruktur, Netzkarten für  
324 den ÖPNV und der Radverkehr unterstützt werden.

325

326

327 Weiter fordern wir einen schnellen Ausstieg aus (indirekten) Kohle-Subventionen  
328 und wollen auch die Dieselsubvention beenden. Kerosin im Flugverkehr bedarf  
329 einer neuen Regelung und darf bei internationalen Flügen nicht von der  
330 Mehrwertsteuer befreit werden. Die Zukunft liegt in einer Wirtschaft, die auf  
331 erneuerbare Energien setzt.

332 Als gute Alternative zum Auto, fordern wir außerdem, dass Firmen und Unternehmen  
333 den Berufsweg mit dem öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr fördern und hierbei  
334 vom Staat unterstützt werden. Auch fordern wir, dass Netzkarten (ÖPNV) eine  
335 ernsthafte Alternative zu Dienstwagen werden.

336 Ein Umbau der Wirtschaft bedarf Mut und politische Entscheidungen. Zu oft werden  
337 diese durch einen Einfluss der Unternehmen auf die Politik verhindert.  
338 Lobbyismus und Parteispenden prägen nach wie vor das politische Handeln von  
339 manchen Parteien. Wir setzen uns daher für ein transparentes Lobbyregister und

340 eine Begrenzung von Lobbyismus ein. Gleichzeitig wollen wir die Möglichkeit der  
341 Parteispenden auf natürliche Personen begrenzen.